

WOHIN DRIFTEN NORDAFRIKA UND NAHOST?

VON WERNER RUF, MITGLIED DES GESPRÄCHSKREISES FRIEDEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Politische und soziale Umwälzungen mit weltgeschichtlicher Dimension lassen sich nicht auf ein einmaliges Ereignis fokussieren, sondern durchlaufen einen widersprüchlichen Prozess. So markierte 1789 den Auftakt zu einem ganzen Revolutionszyklus von Jakobinerherrschaft, Kaiserreich, Revolutionen 1830/1848 und Bonapartismus bis zur dritten Republik nach 1871. Das gilt auch für die mit viel demokratischer Euphorie begrüßte «Arabellion» von 2011. Der «Arabische Frühling» geht nicht in dem Sturz des tunesischen Autokraten Ben Ali am 14. Januar 2011 oder dem «Tag des Zorns» auf dem Tahrirplatz in Kairo am 25. Januar 2011 auf.

Auch hier folgt auf den Frühling der Frosteinbruch – und vielleicht später wieder ein Tauwetter. Darüber hinaus ist das Terrain, auf dem in den modernen demokratischen Revolutionen in Europa in der Regel die Trennung von Staat, Ökonomie und Religion ausgefochten wurde – die «Zivilgesellschaft» –, im arabischen Kontext erst im Entstehen begriffen und wird noch von ethnischer und religiöser «Gruppensolidarität», vorbürgerlicher «Brüderlichkeitsethik», gewalttätigem Fanatismus und Ausgrenzung sowie postkolonial fragiler Staatlichkeit dominiert.

Die brutale Repression gegen die Muslimbrüder in Ägypten zeigt die tiefe Spaltung der Gesellschaft in ein säkulares und ein islamistisches Lager, die sich nun noch unversöhnlicher gegenüberstehen werden. Das zeigt die islamistische Gewalt gegen den (halbwegs säkularen) Staat, aber auch gegen die Kopten – ein relativ neues Phänomen in der ägyptischen Gesellschaft. Zugleich gibt sie den Islamisten und ihren Sympathisanten in der gesamten arabischen Welt eine neue Legitimität – die weitere Gewaltpotenziale freisetzt.

Wer allerdings hoffte, dass Demokratie aus Gewehrläufen kommen könnte, wird wohl eine schlimme Enttäuschung erleben. Der Putsch in Kairo hat eine Bombe gezündet.

Hinzu kommen unwägbarere Krisenprozesse in den Ökonomien der arabischen Welt, in denen zudem wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen einer krisengeschüttelten EU und eines angeschlagenen Hegemonen USA ihre Rollen spielen.

Ägypten im Jahr drei nach den Revolten: Wann ist ein Putsch ein Putsch?

Der erste im Juni 2012 frei gewählte Präsident Ägyptens, Mohamed Mursi, wurde am 3. Juli nach tagelangen Massenprotesten gegen seine Politik vom Militärrat abgesetzt. Schon Tage zuvor hatten sich Anhänger und Gegner der Islamisten in Straßenschlachten blutig bekämpft. Die säkulare Opposition lancierte die Tamarod-Bewegung (*tamarod* = Revolution in ägyptisch-arabisch) und behauptete, über 22 Millionen Unterschriften für den Rücktritt des Präsidenten gesammelt zu haben.¹ Das wäre etwa ein Viertel der ägyptischen Bevölkerung. Diese Zahlen, die überall kritiklos übernommen wurden, wurden nie geprüft. Sie dienten dazu, der Legitimation Mursis durch Wahlen, deren Ergebnisse auch erst nach tagelangem Tauziehen bekannt gegeben worden waren, eine neue und andere demokratische Legitimation entgegenzustellen. Handelte das Militär also als Vollstrecker des Volkswillens?

Vordergründig handelt es sich also um einen Streit über die demokratische Legitimation des Präsidenten einerseits, des Militärs (und der Mehrheit des Volkes?) andererseits. Doch was ist Demokratie? Hier rächt es sich, dass gerade auch in der westlichen Berichterstattung Demokratie ausschließlich auf Wahlergebnisse reduziert wird: Um zu funktionieren, bedarf sie einer Verfassung, die die Rechte, Pflichten und Freiheiten der BürgerInnen sichert, und sie bedarf einer funktionierenden Gewaltenteilung. Ja, Ägypten hatte sich am 30. November 2012 eine neue Verfassung gegeben. In der Verfassungsgebenden Versammlung hatten – auch aufgrund des Boykotts linker und säkularer Gruppen – die Muslimbrüder und die salafistische

¹ Ahramonline, 29. Juni 2013. <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/75244/Egypt/Politics-/Egyptys-Rebel-campaign-gathered--mn-signatures,-say.aspx> [1-8-2013].

Nour-Partei (25% der Sitze) eine überwältigende Mehrheit. Diese Verfassung war im Dezember 2012 bei einer Wahlbeteiligung von 33% mit 64% der abgegebenen Stimmen angenommen worden. Schon zu diesem Zeitpunkt zeigte sich die Polarisierung zwischen den fundamentalistischen und den säkularen Kräften. Die Verfassung war stark islamistisch geprägt: Frauenrechte wurden massiv eingeschränkt, auch ein Minderheitenschutz fehlt, was insbesondere die Gemeinschaft der koptischen Christen als Drohung empfindet. Schließlich wurde die religiöse al azhar-Universität für gewisse Teile der Verfassung nahezu in den Rang eines Verfassungsgerichts erhoben: So bestimmt Artikel 4 der Verfassung, dass Gelehrte der Universität zu «Fragen, die das islamische Recht betreffen, gehört werden müssen»² – ein Gummi-Paragraph, der nach Belieben benutzt werden kann. Oder Artikel 11, wonach der Staat »die Moral und die Öffentliche Ordnung (schützt)«. Hier wird dem Einfluss der Religiösen Tür und Tor geöffnet.

Im Zuge der Polarisierung des öffentlichen Lebens zwischen Säkularen und Islamisten legten sich die Muslimbrüder (genau wie in Tunesien die Ligen zum Schutz der Revolution)³ eigene Schlägergarden zu. Genau wie in Tunesien nutzten die Muslimbrüder die ihnen formal zugefallene Macht, um wichtige Posten in der Verwaltung mit ihren Leuten zu besetzen, insbesondere zahlreiche Gouverneursposten. Die Ernennung des früheren Führers der militanten Gruppe al-gamma al-islamiya, die 1997 für die Ermordung von 58 Touristen verantwortlich war, zum Gouverneur von Luxor führte zu massiven und gewalttätigen Protesten,⁴ die landesweit immer mehr eskalierten. Für viele signalisierte sie die Nähe zwischen den Muslimbrüdern und gewaltbereiten Extremisten. Auch schaltete Mursi Schritt für Schritt die Justiz aus, in der zwar sicherlich Kräfte des alten Regimes fortlebten, die aber doch ein Korrektiv zur Machtübernahme der Brüder darstellte. Dieses Agieren der Muslimbrüder kann durchaus als der Versuch eines schleichenden Staatsstreichs verstanden werden, mit dem die Brüder Schritt für Schritt die Macht zu übernehmen versuchten.

Die eskalierende Gewalt, die neuen anti-islamistischen Demonstrationen auf dem Tahrirplatz, schließlich die Tamarod-Bewegung spalteten das Land immer mehr. Diese Situation wurde angeheizt durch die ökonomische Unfähigkeit der Brüder (siehe unten), akute Versorgungsmängel, rasant steigende Preise, vor allem aber durch den Mangel an Benzin und Dieseltreibstoff, der dazu führte, dass kaum mehr Brot gebacken werden konnte. Stromausfälle wurden die Regel. Diese Versorgungsengpässe scheinen organisiert gewesen zu sein, was umso leichter war, als Schlüsselindustrien wie gerade auch die Raffinerien im Besitz von Magnaten des alten Regimes, vor allem aber auch von Militärs sind, die – je nach Angaben – zwischen 15% und 40% der ägyptischen Ökonomie kontrollieren.⁵ Tatsache ist, dass mit dem Tage des Putsches die Versorgungsmängel verschwunden sind.

Verblüffend an den Reaktionen auf die Machtergreifung des Militärs ist vor allem die Reaktion der Säkularen und der Linken: Noch vor zwei Jahren war der zentrale (und die Opposition einigende) Slogan «Nieder mit dem Militär». Gut zwei Jahre später werden dieselben Militärs fast zu Befreiern verklärt. So sagt die Schriftstellerin Mansoura Ez-Eldin auf die Frage nach den Folgen und Gefahren des Militärputsches: «Die Mehrheit der Menschen sieht darin keinen Putsch, sondern die zweite Welle der Januar-Revolution oder eine Revolution zur Rettung der Revolution.»⁶

Und Mamdouh Habashi, außenpolitischer Sprecher der ägyptischen Sozialistischen Partei, erklärt: «Das ägyptische Militär hat getan, was es tun musste. Es gab keine andere Möglichkeit. Denn Millionen von Menschen wollten die Entmachtung der Bruderschaft. Was wäre denn die Alternative gewesen? Mitanschauen, wie die Demokratie untergraben und zerstört wird?»⁷

Nichts zeigt deutlicher die Zerrissenheit der ägyptischen (und in gleicher Weise der tunesischen) Gesellschaft zwei Jahre nach der Vertreibung der Tyrannen. Die Kluft zwischen Säkularen und Islamisten scheint unüberbrückbar, der Hass auf beiden Seiten grenzenlos. So handelt es sich beim Sturz Mursis durch das Militär zweifellos um einen Putsch. Doch nun zieht das Militär die Karte des «Volkes»: Armeechef Abdel-Fatah Sisi rief am 24. Juli das Volk zu »Massenprotesten gegen den Terrorismus« auf.⁸ Inwieweit die ihm von der Mehrheit (?) verliehene Legitimität dem Putsch den Makel der Illegalität zu nehmen vermag, bleibt eine Frage der zukünftigen Entwicklung. Und wenn es richtig ist, wie Habashi betont, dass es einen Deal zwischen dem Militär und den Brüdern gab, dass die Privilegien des Militärs nicht angetastet würden, so

² www.egyptindependent.com/news/egypt-s-draft-constitution-translated [5-8-2013].

³ Dort geht der Streit in der Verfassunggebenden Versammlung auch um einen Paragraphen, der neben Militär und Polizei die Schaffung weiterer Sicherheitsdienste legalisieren soll.

⁴ www.usatoday.com/story/news/world/2013/06/18/clashes-erupt-egypt/2435787/ [5-8-2013]. Siehe auch <http://www.dw.de/islamist-and-ex-militant-group-member-quits-as-governor-of-egypts-luxor/a-16900783> [5-8-2013].

⁵ www.aljazeera.com/indepth/features/2012/02/2012215195912519142.html [6-8-2013].

⁶ FAZ vom 17. Juli 2013, S. 28.

⁷ www.spiegel.de/politik/ausland/mamduh-habaschi-spricht-im-inte/ [26-7-2013].

⁸ www.theguardian.com/world/2013/jul/24/egypt-general-sisi-protest-terrorism [5-8-2013].

dürfte dieser Deal nun erst recht für die Säkularen gelten, die ihre neuen uniformierten Bündnispartner sicherlich nicht an ihrer empfindlichsten Stelle, ihrem Privatbesitz, treffen wollen. Inwieweit der Putsch und seine Folgen den Muslimbrüdern abermals zu einer Märtyrer-Gloriole verhelfen werden, bleibt abzuwarten.⁹

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK DER ISLAMISTEN

Das Agieren der Muslimbrüder in Ägypten wie der ihnen ideologisch nahe stehenden Nahdaouis in Tunesien ist geprägt von einem totalen Versagen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Einst stammte die Legitimität der Islamisten vor allem aus ihren karitativen Dienstleistungen, ja man konnte den Eindruck gewinnen, dass der korrupte und dem Neo-Liberalismus verpflichtete Staat Mubaraks längst zusammengebrochen wäre, hätten nicht die Brüder Suppenküchen, Gesundheitsstationen und Schulen aufrechterhalten, in denen die Ärmsten ein Minimum an Versorgung erhalten konnten. Diese «soziale Kompetenz» der Islamisten beschränkt sich allerdings auf religiöse Gebote und Einrichtungen wie die *zakat*. Dies ist eine Abgabe der Reichen für die Armen, die für unterschiedliche Formen von Besitz oder Erwerb zu zahlen ist, für Ernteträge etwa 1/10 des Ertrags. Sie ist eine der Säulen des Islam.¹⁰ Eine weitere Form des sozialen Ausgleichs stellen die *awqaf* (im Singular *waqf*) dar. Dies sind wohlthätige Stiftungen für einen dem Gemeinwohl dienenden Zweck, also oft Schulen, Krankenhäuser, aber auch Moscheen.¹¹

Solche karitativen Einrichtungen haben nichts mit moderner Ökonomie zu tun. Für die »Sanierung« der desolaten Wirtschaft hatte der IWF einen Kredit von 4,8 Mrd. US-Dollar in Aussicht gestellt. Er sollte Voraussetzung für weitere Kredite internationaler Geber in Höhe von 9,7 Mrd. US-Dollar sein.¹² Das frühe Ende seiner Regierung wäre es wahrscheinlich gewesen, wenn Mursi den Forderungen des IMF unmittelbar nachgekommen wäre, die die Erhöhung von Steuern und vor allem die Streichung von Subventionen für Benzin und Diesel vorsahen. Doch seine Untätigkeit brachte das Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Die politische Unsicherheit führte zu einem gravierenden Rückgang des Tourismus und der daraus resultierenden Deviseneinnahmen, ausländische Investoren halten sich zurück. Diese Situation illustriert die Abhängigkeit der Ökonomien des Südens, die auf Gedeih und Verderb vom Wohlwollen des ausländischen Kapitals und der internationalen Finanzinstitutionen abhängig sind.

Die Islamisten schienen aber dem Westen durchaus willkommen, sind sie doch konsequente Vertreter einer freien Marktwirtschaft. Investitionen aus dem Ausland sind grundsätzlich willkommen. So ratifizierte die von en-nahda geführte Regierung in Tunis problemlos das Fortgeschrittenen-Statut der Assoziierung mit der EU, über das Ben Ali noch verhandelt hatte: Es sieht den völligen Wegfall von Zöllen vor, öffnet den europäischen industriell gefertigten Waren den einheimischen Markt, dessen eigene Produkte den Billigimporten nicht standhalten können. Damit wird die Entstehung eines einheimischen Kapitalismus von vornherein verhindert. Ausländische Investoren erhalten außerdem meist für 20 Jahre Steuerfreiheit und freien Gewinntransfer. Demgegenüber beschränkt die EU aufgrund des Drucks der europäischen Agrarlobby weiterhin den Import von Agrarprodukten wie Olivenöl und Zitrusfrüchten: Neoliberale Prinzipien werden nur dann und dort durchgesetzt, wann und wo es dem dominanten Kapital des Nordens passt. Die jüngste IMI-Studie (Informationsstelle Militarisierung, Tübingen) bringt dies auf den Punkt: «Die ENP (Europäische Nachbarschaftspolitik) hat zwar in der offiziellen Rhetorik der EU-Dokumente durchaus auch das Ziel, im beiderseitigen Interesse Wohlstand, Menschenrechte und Demokratie zu fördern. Betrachtet man aber die praktische Umsetzung der Nachbarschaftspolitik, wird deutlich, dass Menschenrechte und Demokratie bisher hinter den Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen Europas zurückstehen mussten. Sofern es den Interessen der EU entspricht, kooperiert man auch mit autoritären Staaten und korrupten Regimen. Die neoliberalen Wirtschaftsreformen, die die ENP vorschreibt, führen indes nicht zu gesamtgesellschaftlichem Wohlstand in den Partnerländern. Stattdessen profitierten davon bislang vor allem die europäische Wirtschaft, international tätige Konzerne und die autoritären Regime und deren Klientel.»¹³

In Ägypten setzte Mursi die Politik Mubaraks fort, indem er öffentliche Ausgaben drosselte und eine neo-

⁹ Hazem Saghieh: Zwei Seiten einer Medaille. http://de.qantara.de/wcsite.php?wc_c=21312&wc_id=23914 [20-7-2013].

¹⁰ Ausführlich dazu siehe <http://www.islam-pedia.de/index.php5?title=Zakat> [31-7-2013].

¹¹ www.irwaqf.com/ [31-7-2013]. Über Einrichtungen wie den »Islamic Relief Worldwide« werden hier Spendengelder in großem Umfang mobilisiert.

¹² <http://blogs.wsj.com/middleeast/2013/07/04/morsi-removal-makes-egypts-imf-loan-even-more-distant/> [5-8-2/13].

¹³ www.imi-online.de/2013/08/02/neoliberaler-expansionsprojekt/ bzw. www.imi-online.de/download/9_2013springmann.pdf [7-8-2013].

liberale Politik betrieb, die den Reichen nutzte – einschließlich der Magnaten des alten Regimes. So sollten die vom IMF geforderten Strukturanpassungen schrittweise umgesetzt werden.¹⁴ Die von den Demonstranten geforderte strafrechtliche Verfolgung der Wirtschaftskriminellen des Mubarak-Regimes unterblieb, da Mursi versuchte, der Muslimbrüder-Bourgeoisie Pfründen innerhalb des Systems zu sichern und hierfür das Stillhalten der alten Bourgeoisie zu erkaufen.¹⁵

AUSLÄNDISCHE INTERESSEN

Erinnern wir uns: Die Revolten in Tunis und in Kairo waren seinerzeit von den USA wie vom Westen insgesamt begeistert begrüßt worden.¹⁶ Begleitet von der Jubelberichterstattung des qatarischen Senders *aljazeera* ließ der Westen jene korrupten Diktatoren wie heiße Kartoffeln fallen, die Jahrzehnte lang die verlässlichen Statthalter der wirtschaftlichen Ausplünderung und der brutalen Repression vor allem gegen die Islamisten gewesen waren. Und der deutsche Außenminister schwärmte im Januar 2012 in Tunis von »islamisch-demokratischen Parteien«, die er mit den europäischen Christdemokraten verglich.¹⁷ War schon der Sturz der Diktatoren nur möglich gewesen durch die Zurückhaltung des Militärs in beiden Ländern und dessen enge Kontakte mit Washington auf dem Höhepunkt der Krisen,¹⁸ so dürfte vielleicht auch der Schlüssel zu den widersprüchlichen Entwicklungen in Ägypten eher in der internationalen Politik zu suchen sein als in den Verwerfungen und Widersprüchen in der ägyptischen Gesellschaft.

Die USA sind offensichtlich nicht mehr in der Lage oder willens, alleine ihre und die Interessen des Westens in diesem Raum militärisch zu sichern. Nach den verlorenen Kriegen in Afghanistan und Irak ist die Bevölkerung der USA kriegsmüde. Die Wirtschafts- und Finanzkrisen sind am nach dem Ende der Bipolarität verbliebenen Hegemon nicht spurlos vorübergegangen. Vor allem aber befinden sich Wirtschaft und Gesellschaft der USA in einem wohl nicht mehr umkehrbaren Niedergang, wie dies kein geringerer als Zbigniew Brzezinski eindrucksvoll belegt.¹⁹ Als neue Statthalter bieten sich Saudi-Arabien, Qatar und die Staaten des Golf-Kooperationsrats (GCC) an, die durch eine Islamisierung der Region auch ihre eigenen Herrschaftssysteme abzusichern versuchen. Syrien und die säkularen Regime in Tunis, Kairo, Tripolis und Algier waren stets auch eine politische Herausforderung für die Despoten am Golf. Mit einem Sturz Assads wird auch die Position Teherans geschwächt, das sich immer unverhohleneren Kriegsdrohungen Israels ausgesetzt sieht. In grotesker Weise gelingt es Saudi-Arabien, das wie kein anderes Land mit seinem archaisch-islamischen System elementare Menschenrechte täglich verletzt, sich mit Applaus der westlichen Politik an die Spitze der Kämpfer für Freiheit und Demokratie im Nahen Osten zu setzen. Der Golf-Kooperationsrat, dem nun auch Marokko und Jordanien beitreten wollen, und die Arabische Liga unter Führung von Qatar und Saudi-Arabien sind im Begriff, sich mit Unterstützung des Westens zur neuen regionalen Ordnungsmacht aufzubauen.²⁰ Zugleich bieten sich die Islamisten den westlichen Interessen nicht nur als stabilisierender geo-strategischer Partner an, sie sind auch die einzige Kraft, die kompromisslos für marktwirtschaftliche Prinzipien steht. Die Wahl von Rachid Ghannouchi, dem geistigen Führer der tunesischen *en-nahda*, zu einem »der hundert wichtigsten globalen Denker des Jahres 2011« durch die US-Zeitschrift *ForeignPolicy*²¹ ist hierfür mehr als ein Indiz.

Ägypten ist nicht nur das bevölkerungsreichste Land der arabischen Welt, es kontrolliert auch den Suezkanal und hat eine gemeinsame Grenze mit Israel. Schon dies allein ist ein zwingender Grund, das Land unter Kontrolle zu halten. Deshalb wohl entdeckte der Westen plötzlich die Islamisten der ganzen Region als neue Partner. Als aber die Lage in Ägypten eskalierte, gaben die USA den Militärs grünes Licht für ihren Putsch, um so einen möglichen Bürgerkrieg und die sich daraus entwickelnden Unwägbarkeiten zu vermeiden. Von Putsch durfte aber nicht gesprochen werden, könnten doch sonst die USA ihre jährliche Militärhilfe in Höhe von 1,3 Mrd. US-Dollar – das wichtigste Instrument zur Kontrolle des Militärs – nicht fortsetzen. Die zahlreichen Reisen hochkarätiger US-Politiker nach Kairo während der letzten Wochen sprechen Bände für die Sorgen Washingtons. Derweil versucht die EU – in abgesprochener Arbeitsteilung mit

¹⁴ Joseph Massad: *The Struggle for Egypt*, Counterpunch 12.-14. Juli 2013. www.counterpunch.org/2013/07/12/the-struggle-for-egypt/ [6-8-2013].

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Siehe hierzu Werner Ruf: *Ex Oriente Lux – oder regimechange light*. In: *Sozialismus* Heft 3/2011, S. 2-6.

¹⁷ www.gea.de/nachrichten/politik/westerwelle+zieht+vergleich.2374199.htm [5-8-2013].

¹⁸ Siehe hierzu Ruf, in: *Sozialismus*, a.a.O.

¹⁹ Zbigniew Brzezinski: *Strategic Vision. America and the Crisis of Global Power*, New York 2012.

²⁰ Ausführlich dazu Werner Ruf: *Libyen und die arabische Welt*. In: Johannes M. Becker/Gert Sommer: *Der Libyen-Krieg*, 2. Aufl. Berlin 2013, S. 163-176.

²¹ www.foreignpolicy.com/articles/2011/11/28/the_fp_top_100_global_thinkers?page=0,3 [1-1-2012].

den USA? – die Fäden zu den Muslimbrüdern nicht abreißen zu lassen. Hierfür steht der Besuch der Außenbeauftragten Ashton bei Mursi im Gefängnis.

Es könnte aber auch komplizierter sein: Wenn die These vom Niedergang der USA richtig ist, wenn – wie seit zwei Jahren immer deutlicher sichtbar – die USA und in ihrem Gefolge die EU zusehen, wie Qatar und Saudi-Arabien, um ihre eigene Macht zu stabilisieren, mit viel Geld die Islamisten unterstützen, wenn in Syrien ein Regimewechsel betrieben wird, der die ganze Region zu destabilisieren droht,²² dann ist es wichtig, eine neue verlässliche Regionalmacht aufzubauen, die den Fluss von Öl und Gas in den Westen sichert, die Region unter Kontrolle zu halten und vor allem ein politisch-strategisches Gegengewicht gegen den Iran – den Erzfeind der Despoten am Golf, Israels und der USA – zu bilden vermag. Der Versuch, das Assad-Regime zu stürzen, ist Teil dieser regionalen Strategie, in der sich Islamisten aller Couleur von den saudischen Wahabiten über die Qataris bis zur türkischen AKP einig sind.

Dass bestimmte Kreise in den USA bereit sind, abermals wie schon in den 1980er Jahren in Afghanistan ein Bündnis mit dem Teufel einzugehen, zeigt eine Politikempfehlung des wichtigen thinktanks *Council on Foreign Relations* vom 6. August 2012: «Die syrischen Rebellen wären heute ohne al-qaeda in ihren Reihen unermesslich schwächer. Die Einheiten der Freien Syrischen Armee sind weitgehend erschöpft, zerstritten, chaotisch und ineffektiv ... al-qaedas Kämpfer können jedoch helfen, die Moral zu steigern. Der Zustrom der Dschihadisten bringt Disziplin, religiöse Leidenschaft, Kampferfahrung aus dem Irak, Finanzmittel von sunnitischen Sympathisanten aus den Golfstaaten, und am wichtigsten, tödliche Resultate, mit sich. Kurz gesagt, die FSA braucht al-qaeda – jetzt.»²³

Wie aber gerade der Krieg in Syrien zeigt, ist die islamistische Front keineswegs ohne innere Gegensätze:²⁴ Während Saudi-Arabien die dem Wahabismus zuneigenden Salafisten stützt, setzen die Qataris auf die Muslimbrüder. Diese sind den Saudis ob ihrer Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit wie auch ihrer breiten Anhängerschaft im ganzen arabischen Raum bis zur Türkei ein Dorn im Auge. So verwundert es nicht, dass die salafistische Nour-Partei in Ägypten anfangs den Putsch unterstützte, dann aber aufgrund des Drucks ihrer Basis den Kurs änderte. In diesen Kontext gehört, dass saudischer Druck zur Umbesetzung des Syrischen Nationalrats bzw. der dann gebildeten Nationalen Koalition zur Ersetzung des den Muslimbrüdern nahestehenden Ghassan Hitto als Chef der Übergangsregierung führte. Spontan stellten Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait – nicht aber Qatar – der ägyptischen Militärführung 12 Mrd. US-Dollar zur Verfügung²⁵ – mehr als das Doppelte dessen, was der IWF als Kredit in Aussicht gestellt hatte. Demgegenüber hatte Qatar die Muslimbrüder allein im letzten Jahr mit 8 Mrd. US-Dollar unterstützt.²⁶ Der Kampf um die Hegemonie über die islamistische Ideologie zwischen Qatar und Saudi-Arabien scheint offen ausgebrochen, der in der ganzen islamischen Welt viel beachtete Prediger Youssef al-Qaradawi wird nicht müde, auf dem qatarischen Sender al Jazeera gegen den Militärputsch zu wettern.²⁷

Die (abermalige) westliche Unterstützung dieser Kräfte ist eine äußerst kurzsichtige Politik: Nicht nur raubt das Bündnis mit den reaktionärsten islamistischen Kräften dem westlichen Gerede vom Schutz der Menschenrechte jede Glaubwürdigkeit, die Einbindung fundamentalistisch-antiwestlicher Kräfte, die nun zur Erreichung kursichtiger Politikziele toleriert oder gar instrumentalisiert werden, erscheint geradezu grotesk: Kaum haben die arabischen Völker durch ihre Aufstände die Samuel P. Huntingtons *Clash of Civilizations* zugrundeliegende These von der Demokratieunfähigkeit der islamischen Völker widerlegt, da stützt sich der Westen auf jene Kräfte, die ihrerseits das kulturalistische Paradigma des Kampfes der Kulturen nutzen, um ihre anachronistische Macht zu erhalten.

PERSPEKTIVEN?

Es mag sein, dass der Putsch Ägypten vor einer Konfrontation zwischen seinen beiden gesellschaftlichen Blöcken bewahrt hat. Doch weitaus plausibler dürfte die Einschätzung sein, dass das Land am Nil auf eine noch heftigere und erbittertere Konfrontation zuzusteuern droht. Diese dürfte sich nicht auf Ägypten be-

²² Werner Ruf: Revolution und Konterrevolution in Nahost. In: Fritz Edlinger/Tyma Kraitt (Hrsg.): Syrien. Hintergründe, Analysen, Berichte. Wien 2013, S. 157-174.

²³ www.cfr.org/syria/al-qaedas-specter-syria/p28782 [12-6-2013].

²⁴ Rainer Hermann: Den Richtigen helfen. In: FAZ vom 7. August 2013, S. 8.

²⁵ Siehe die sehr subtile Analyse der New Times: www.nytimes.com/2013/07/10/world/middleeast/aid-to-egypt-from-saudis-and-emiratis-is-part-of-struggle-with-qatar-for-influence.html?pagewanted=all&_r=0 [7-8-2013].

²⁶ <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/76273/Egypt/Politics-/Morsis-fall-in-Egypt-comforts-Saudis,-disconcerts-.aspx> [7-8-2013].

²⁷ Ebenda.

schränken lassen, sondern könnte aufgrund der sozialen Verankerung der Muslim-Brüder die gesamte arabische Welt erfassen. Dann würde sichtbar werden, auf welchen tönernen Füßen das saudische Regime und seine despotischen Partner am Golf wirklich stehen. Gleichzeitig ist in dieser Situation kaum anzunehmen, dass die Militärs in Kairo bereit sein werden, ihre Macht wirklich an »das Volk« zurückzugeben. Dieser Täuschung sollte die Linke in Ägypten und in der arabischen Welt nicht aufsitzen, auch wenn die nasseristisch-säkulare Tradition im ägyptischen Militär das Vorgehen gegen die Muslimbrüder mitbestimmt haben dürfte.

Die westliche Politik hat sich in ein schwer auflösbares Dilemma laviert: Die Unterstützung putschistischer Militärs kann keine politische Lösung der Krise bringen, den Muslimbrüdern verhilft der Putsch zu einer neuen Märtyrer-Gloriole. Linke und demokratische Hoffnungen auf einen grundlegenden Wandel dürften sich kaum erfüllen: Nicht nur hatte der Westen ihnen die Muslimbrüder vorgezogen, das *come-back* des alten Regimes hinter den Gewehrläufen lässt erahnen, dass die Gewerkschaften und die Linken in der zweiten Etappe dieser Konterrevolution ihre wenigen erkämpften Freiheiten verlieren werden. Die saudischen Despoten und die von ihnen weltweit unterstützten Salafisten aber haben auf die sozialen und ökonomischen Herausforderungen der in die neo-liberale Globalisierung eingebundenen muslimischen Gesellschaften noch weniger Antworten als die Muslimbrüder. Dem steht das Wissen der Massen gegenüber, dass sie nach fünftausendjähriger pharaonischer Herrschaft Diktatoren zu stürzen vermögen. Das Ende der Geschichte ist nicht nur in der arabischen Welt noch lange nicht erreicht.

9. August 2013

Prof. Dr. Werner Ruf, Kassel, ist Mitglied des Gesprächskreises Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung.